

Pulsnitzer Tageblatt

Herausgeber 18. Tel.-Nr.: Tagesblatt Pulsnitz
Postfachkonto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Erscheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 41 mm breite Beizeile (Messe's Zeilenmesser 14) RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75 und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50%, Ausschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelant der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großhörsdorf, Brettnig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Förster's Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 50

Dienstag, den 28. Februar 1928

80. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Brennholz- und Reisig-Versteigerung

Montag, den 5. März 1928, vorm. 9 Uhr im „Söhnel'schen Gasthaus“ in Schmorkau sollen meistbietend versteigert werden:
30 rm hi. und fi. Brennholzteile, 175 rm hi. und fi. Brennknüppel, 475 rm hi. Zacken und Aeste, 310 rm hi. Stöcke und ca. 3000 rm hi. Astreisig
Ausbereitet Kahlschläge Abt. 21, 145, 161 u. 164

Seeresforstrevieramt Sr. Pl. Königsbrück

Ankündigungen aller Art

in dem „Pulsnitzer Tageblatt“ sind von denkbar bestem Erfolg.

Das Wichtigste

Im Reichstag gab Vizekanzler Hergt die Regierungserklärung ab. Im Reichstag wurde ein kommunistischer Antrag, das Gehalt des Reichskanzlers zu streichen, gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Der kommunistische Antrag, die Vertretung der Reichsregierung in München zu streichen, wurde ebenfalls abgelehnt.

Die Arbeitnehmerverbände der württembergischen Textilindustrie haben den zur Zeit gültigen Lohn- und Manteltarif zum 31. März gekündigt. Verlangt wird eine Erhöhung der Löhne und eine Neuregelung von Arbeitszeit und Urlaub.

Der ostpreussische Provinziallandtag beschloß in seiner Montags-sitzung einstimmig die Aufnahme einer Auslandsanleihe für Straßenbauzwecke in Höhe von 4 Millionen Mark.

Wie die U. von zuständiger Stelle erfährt, ist das Gerücht von der Entsendung eines höheren Funktionärs des österreichischen Außenministeriums nach Rom vollkommen unbegründet.

In Ghanke (Lithonien) wurde ein mit 5 Personen besetztes Automobil an einer Straßenkreuzung von einem D-Zug erfasst und 100 Meter mitgeschleppt. Sämtliche 5 Insassen wurden getötet.

Die „Los Angeles“, unserer früherer Z. R. 3, unternimmt einen Mittelamerikafahrt.

Nach einer Meldung aus Hongkong, wird in den nächsten Tagen ein japanisches Großkampfschiff mit 20 Einheiten und einem Flaggschiff zu einem fünf-tägigen Aufenthalt nach Hongkong ausfahren.

Vertliche und sächsische Angelegenheiten

Die Jagd im März.

Von Baron Arend Pahlen.

Noch herrscht winterliche Ruhe im Revier. Wildenten und -gänse haben nun auch Schonzeit, aber die zweite Hälfte des Monats bringt uns den Beginn der lang-erwarteten Frühjahrsjagd. — Dem Jäger sind die Waldlichtungen und Wiesen wohl bekannt, auf denen die Vork- hähne nun bald den Balzgesang erklingen lassen und ihre Nebenbuhler zu heftigem Wettstreit herausfordern werden; es ist jetzt an der Zeit, die Balzhütten oder -schirme aus Zweigen und Schilf instand zu setzen, die dem Schützen be- quemen Unterschlupf und Deckung vor dem scharfsichtigen Spielhahn gewähren sollen. Schon streichen die kampflustigen Gefellen in schwarz-weiß und bunt schillerndem Hoch- zeitsstaat über die Walzplätze und halten von hohen Bäumen Um- schau, als wollten sie das Gelände austundschaften — man gönne ihnen jetzt und während der ersten Balzzeit voll- kommene Ruhe und warte mit der Jagd bis zum April. Wer das Glück hat, in seinen Jagdgründen Auer- hähne zu beschießen, die oft in schwer zugänglichen, berg- igem Gelände balzen, kann ihren Standort schon jetzt fest- stellen, weil die Hähne kurz vor Sonnenuntergang einzeln mit lautem Gepolter einfallen. Dieser stolze Vogel wird immer seltener in unserer Heimat, und jeder Naturfreund wird daher sorgfältig auf die Erhaltung seines Auerwild- bestandes bedacht sein. Der Abschluß sollte überhaupt nur dort gestattet werden, wo mehrere Hähne balzen, und auf jeder Walz müssen einige Hähne geschont werden.

Das Wetter wird milder, Schnee und Eis schwinden, die ersten Kerben trillern in den Lüften, und eines Tages ist er plötzlich da — der Vogel mit dem „langen Gesicht“, des Jägers willkommener Frühlingbote. Wenn durch die Abenddämmerung zum ersten Mal das geheimnisvolle „Quor-quor“ leise erkönt und die Schnepfe mit eulen- artigem Fluge herangestrichen kommt, dann schlägt des Weid- manns Herz in froher Gewißheit: Des Winters Vann ist gebrochen — die schönste Jagdzeit des Jahres hat begonnen!

Pulsnitz. (Wondruschka-Konzert.) Unser beliebter heimischer Künstler, Herr Kapellmeister Georg Wondruschka wird Son- tag, den 4. März im Saale des Schäfershauses sein erstes öffentliches Konzert geben. (Siehe Inserat in heutiger Nummer.) Obwohl er anderwärts in größeren Städten reiche Vorbeeren ernten würde, z. B. in Waagen, wo er seit langem der erklärte Liebling des Publikums ist und die Kritik ihn voll des Lobes und der Anerkennung mit Stolz „unser Wondruschka“ nennt, will er doch sein erstes Konzert, mit dies- ehrt ihn und zeugt von einem vornehmen Charakter, in seiner lieben

Die Regierungserklärung über das Notprogramm

Die Regierungserklärung im Spiegel der Berliner Presse — Um Spaniens Rückkehr in den Völkerbund — Heute ent- gültige Erledigung der Eigentumsvorlage in Amerika — Leichtere Rückgang der Arbeitslosigkeit — Die Reparationsliefe- rungen im Januar 1928

Im Reichstag gab am Montag nachmittag Vizekanzler Dr. Hergt in Vertretung des Reichskanzlers die Erklärung der Regierung ab, mit der der letzte Abschnitt der Verhand- lungen dieses Reichstages über den Etat und über das Ar- beitsprogramm eingeleitet werden soll.

Vizekanzler Hergt

leitete seine Erklärung mit einer Entschuldigung des Reichskanzlers Marz ein. Er könne aber im Namen des Reichskanzlers Dr. Marz die Erklärung abgeben, daß dieser für das Arbeitsnotprogramm der Regierung die volle Ver- antwortung als der politische Chef des Kabinetts übernehme und trage, daß er mit dem Gesamtkabinet in dem Pro- gramm einig sei. Der Vizekanzler begann dann die Regie- rungserklärung mit einer Aufzählung der Gründe für die Notwendigkeit des Arbeitsnotprogramms.

Für das Kabinet habe es nach dem Scheitern des Schulgesetzes nur noch einen Weg gegeben, die wichtigsten Arbeiten des Kabinetts und des Reichstags vor der Auflösung durch ein einheitliches Programm zu sichern. Die verfassungsmäßige Zuständigkeit des Kabinetts sei durch die Auflösung der Ko- alition nicht beeinträchtigt. Das Kabinet sei kein Ge- schäftsministerium. Das Kabinet handle in voller Übereinstimmung mit dem Reichspräsidenten. Das Arbeitsprogramm folte nach dem Wunsch des Kabi- netts bis zum 31. März verabschiedet sein.

Eingehend erörterte der Vizekanzler dann die bekann- ten Einzelheiten des Notprogramms.

Der Vizekanzler legte eingehend die Gründe für die Ab- änderungen des Liquidationschadengesetzes dar, entwickelte noch einmal das landwirtschaftliche Programm der Regie- rung, das bekanntlich in allen Einzelheiten schon nach den Verhandlungen der Parteien mitgeteilt worden ist. Die Herabsetzung des Kontingents für Gefrier- fleisch soll auf 50 000 Tonnen erfolgen. Eingehend behandelte der Vizekanzler das Programm für die Kleinrentner und die neue Verordnung, die die Aus- zahlung der Beihilfe an die Kleinrentner wesentlich erleich- tern würde. Hergt ging dann auf die Behandlung der Invalidenversicherung über und betonte zum Schluß seiner Ausführungen mit sehr starkem Nachdruck, daß zum Notprogramm auch der Nachtragsetat ge- höre.

Die finanziellen Einzelheiten über das Notprogramm, die zum Nachtragsetat gehören, sollen in einer neuen Er- klärung der Reichsregierung bei der Einbringung des Nach- tragsetats behandelt werden. Die Abänderungen im ordent- lichen Etat werden sich nach der Erklärung des Vizekanzlers einmal auf Einsparungen, dann aber auf eine Erhöhung des Ansatzes der Einnahme aus den Zöllen erstrecken. Die Mög- lichkeit der Erhöhung dieses Ansatzes wird von der Regie- rung auf 150 Millionen Mark geschätzt, so daß die Mittel für die Durchführung des Notprogramms ohne Erhöhung der übrigen Einnahmen zur Verfügung stehen.

Am Schluß seiner Ausführungen kam Hergt auf den Wahltermin

zu sprechen. Die Reichsregierung habe die Absicht, das Pro- gramm so durchzuführen, daß auf jeden Fall in der zwei- ten Hälfte des Monats Mai die Neuwahlen zum Reichstag stattfinden könnten.

Die Regierungserklärung im Spiegel der Berliner Presse

Die Beurteilung der politischen Lage auf Grund der Regierungserklärung und der daran anschließenden Debatte durch die Berliner Blätter ist sehr verschieden. Die „Tägliche Rundschau“ weist darauf hin, daß die Regierungserklärung einen günstigen Eindruck hinter-

lassen habe. Wenn die Demokraten und Sozialdemokraten auch am Montag wie bei früheren Gelegenheiten erklärt hätten, sie seien zur Mitarbeit bereit, so würde man sich doch täuschen, wenn man etwa von der Opposition irgendwelche Rücksicht auf die parlamentarische Lage und die sachlichen Notwendigkeiten erwarten wollte. Es sei indessen am Montag von allen Vertretern der bisherigen Regierungsparteien, auch von dem der Wirtschaftspartei, die Bereitwilligkeit zur Verabschiedung des Programms betont worden. Es sei also die Grundlage für die dringend notwendige praktische Arbeit vorhanden. Das sei nicht sehr fest sei, unterliege keinem Zweifel, aber sie könne sich bei dem guten Willen der bisherigen Regierungsparteien durchaus als tragbar erweisen. — Die „Germania“ sagt, im ganzen habe die Debatte in der Frage, ob sich das Notprogramm durchführen lassen werde oder nicht, endgültig Klarheit nicht geschaffen. Es werde deshalb ein ungewöhnliches Maß von Disziplin und Selbstbeherrschung aufzubringen sein, damit die Nähe der Wahlen überwunden und die dringenden gesetzgeberischen Aufgaben erledigt werden könnten. Es ergebe sich untragbar, daß die Opposition mit einer Fülle von Agitationsanträgen komme und sich Wahl- parolen schaffe, während die von der Verantwortung durchdrungenen Par- teien, um das Werk zuende zu führen, sich ihre Position verschlechtern ließen. Der „Volkswagen“ vermisst Angaben darüber, ob das Kabinet, falls die Durchführung des Programms bis zum festgesetzten Termin scheitern sollte, noch immer entschlossen sei, im Sinne des Communiqués vom 18. Februar den Reichspräsidenten um Auflösung des Reichstages zu ersuchen. Das Blatt stellt aber fest, daß die Vertreter einer Mehrheit praktische Mitarbeit am Notprogramm zusagten. — Die „Deutsche Tageszeitung“ weist darauf hin, daß dem Reichstag und seinen Fraktionen mit dem Notprogramm noch einmal eine allerletzte Chance gegeben sei. Triumphiere auch hier wieder über die politische Vernunft kleinlicher Parteigeist, so würden sich die Vertreter dieser Sorte Par- lamentarismus nicht wundern dürfen, wenn Situationen entständen, in denen man über sie mit Abscheu hinweggehe. — Die „Börse- zeitung“ meint, nach der Erklärung Hergts v. Guericke und den Reden der Opposition werde man es erklärlich finden, daß der Verlauf der Debatte am Montag nicht dazu beigetragen habe, die Sorgen hinsichtlich der rechtzeitigen und reibungslosen Durchführung des Notprogramms zu vermindern. — Die „Bosnische Zeitung“ sagt, auch nach der Regierungserklärung vom Montag wählten die Op- positionsparteien nur, welche Vorlagen in den nächsten Tagen einge- bracht werden sollten, aber nicht wie sie im einzelnen gestaltet sein würden. Wäre die Reichsregierung so loyal wie die Opposition und würde sie, im Bewußtsein ihrer jetzigen eigenartigen Stellung sich tat- sächlich darauf beschränken, vom Reichstage zu fordern, was das all- gemeine Interesse heischt, dann brauche sie um die Verwirklichung ihres Programms nicht besorgt zu sein, aber manches, was man über den Inhalt der Vorlagen hört, zwingt zur Vorsicht. — Auch der „Bör- senkurier“ ist der Auffassung, daß sehr viel davon abhängt, wie die einzelnen Fraktionen die noch zum Teil unbekannteten Einzelheiten des Programms, besonders die finanziellen Einzelheiten zu Kenntnis zu nehmen. — Der „Vorwärts“ betont, die Richtlinie der Sozial- demokratie sei Kampf gegen die Regierung des Bürgerblocks solange sie noch noch existiere, Kampf, daß sie nicht wiederkehre, wenn ihre Zeit um sei.

Um Spaniens Rückkehr in den Völker- bund

Genf, 28. Februar. Die Möglichkeit einer Rückkehr Spaniens in den Völkerbund wird heute im „Journal de Geneve“ eingehend er- örtert. Man knüpft an den bevorstehenden Abschluß der Tanagerverhand- lungen die Hoffnung, daß nunmehr für die spanische Regierung kein Hindernisgrund mehr bestehe, das Rücktrittsgesuch zurückzuziehen. Nach einer Meldung des der spanischen Regierung nahestehenden „Epoca“ aus Madrid werde der Völkerbund bereits im März in dieser Hinsicht vor Ereignissen von großer Bedeutung stehen. Die Frist für Spaniens Austritt aus dem Völkerbund läuft am 18. September 1928 ab. Das „Journal de Geneve“ fordert nun, daß der Völkerbund einen formalen Appell an Spanien und auch an Brasilien richtet, um eine Rückkehr beider Staaten in den Völkerbund herbeizuführen. Allerdings könne der Rat, wie hervorgehoben wird, gegenwärtig keine formelle Zusage hinsichtlich der künftigen Wahlen im Völkerbundsrat geben, da die Voll- versammlung hierbei allein souverän sei, jedoch würde zweifellos die Wahl dieser beiden Staaten in der Vollversammlung kaum auf irgend- welche Schwierigkeiten stoßen. Die spanische Regierung habe bisher stets großen Wert auf einen äußerst engen Kontakt mit Südamerika gelegt. Das Blatt erklärt, wo könnte Spanien dies besser zum Aus- druck bringen als in Genf.

